



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/96 - 28. April 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24881 - 33

Fernschreiber 0896890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Die "Vorbereiter" Grewe und Strauss in Vorfeld von Genf	47
2	Will "Unteilbares Deutschland" Überparteilichkeit aufgeben? Eine merkwürdige Manipulation	38
3	<u>Das Minuten-Interview:</u> MdB Willy Müller - Worms zur Informationsreise sozialdemokratischer Abgeordneter nach Rumänien und Bulgarien	25
4 - 5	Schildbürgerstreiche in Österreich ÖVP demonstriert "Alleinherrschaft" Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	67
6	Was Polen jenseits der Oder-Neisse-Grenze plant Aufschlussreiche Zahlen	46
7	Rassismus im internationalen Sport Protestschreiben namhafter Sportler an das Internationale Olympische Komitee	45

* * *

Zur Beachtung: Wir veröffentlichen in unserer nächsten und übernächsten Ausgabe eine Fortsetzungsreportage von Horst Stübling, Mainz:
DRP - "Einzige Partei mit deutscher Seele"

Die "Vorbereiter"

sp - Es gibt ausser dem zur Zeit in Cadenabbia antierenden Bundeskanzler zwei Männer, die hartnäckig bemüht bleiben, alles nur Erdenkliche ins Werk zu setzen, um westliche Initiativen zur Auflockerung der Ost-West-Spannung zu torpedieren. Der eine ist Botschafter Grewe, der andere Verteidigungsminister Strauss.

Herr Grewe hat kürzlich in den USA eine Reihe von Vorträgen gehalten, die ganz offensichtlich den Zweck hatten, eine Wolke von Pessimismus zu verbreiten und jeden Vorschlag zu durchlöchern, der von amerikanischer Seite auf eine grössere Beweglichkeit der westlichen Verhandlungstaktik in Genf hinzielt. Dieser Botschafter der Bundesrepublik in den USA sah und sieht seine Aufgabe ganz offenbar darin, die Amerikaner davon zu überzeugen, wie wenig den Deutschen an der Überwindung der Spaltung Deutschlands gelegen ist.

Jetzt hat man in Cadenabbia Herrn Grewe zum eigentlichen Chef der deutschen Beratergruppe ernannt. Aussenminister von Brentano wird zwar die Leitung der Delegation übernehmen, muss sich jedoch im Hotel aufhalten oder am Genfer See spazierengehen, bis Botschafter Grewe ihm gütigst Informationen über den Verhandlungsverlauf gibt. Angeblich geschieht dies alles, um zu verhindern, dass von Brentano mit dem DDR-Aussenminister Bolz am Verhandlungstisch zusammentrifft. Wie sinnig!

Der wirkliche Hintergrund dieser billigen Komödie ist natürlich ein ganz anderer. Adenauer weiss von Grewe, dass er sich schon oft "bewährt" hat. Ihm geht der Ruf eines Mannes voraus, der bei vielen Gelegenheiten Ansatzpunkte zur Überwindung von Spannungen ignoriert hat. Während der Genfer Aussenministerkonferenz im Spätherbst 1955 liess Grewe im entscheidenden Augenblick mit Hilfe der ihm zur Verfügung stehenden Apparatur Journalisten und Konferenzbeobachter wissen, dass trotz der englischen Vermittlungsvorschläge die Bundesrepublik so schnell wie möglich eine "schlagkräftige Armee aus dem Boden stampfen" werde. Natürlich konnte er sich hierbei auf den Meister aus Rhöndorf berufen, der - zum Entsetzen der internationalen Diplomatie - das Stichwort gegeben hatte. Das Schicksal dieser Genfer Konferenz ist hinreichend bekannt. Es endete mit der Feststellung, dass man sich über nichts einigen könne und dass sich die Bundesrepublik nun von diesem Zeitpunkt an mit aller Macht am Wettrüsten beteiligen werde.

Franz Josef Strauss ist der andere "Vorbereiter" der Genfer Aussenministerkonferenz. Er lässt von den USA über amerikanische Agenturen eifrig Nachrichten verbreiten, die der staunenden Welt zeigen sollen, wieviele und welche Art von Raketen, Flugzeugen, Monstretrepannen usw. die Bundeswehr in Kürze haben werde, damit jeder genau weiss, dass wir uns in Westdeutschland durch nichts beirren lassen; auch nicht durch politische Entscheidungen, die möglicherweise die Grundlage für eine militärische Entspannung in Europa sein könnten.

Dieser "diplomatische Stil" ist ein Unglück für das deutsche Volk. Mehr als ein Anzeichen deutet darauf hin, dass unsere Freunde im Westen von dieser Methode, eine internationale Konferenz vorzubereiten, peinlich berührt sind.

Will "Unteilbares Deutschland" Überparteilichkeit aufgeben?

sp - Das "Kuratorium Unteilbares Deutschland" ist eine überparteiliche Zusammenfassung derjenigen politischen Kräfte in der Bundesrepublik, die gewillt sind, im In- und Ausland dem Gedanken der Wiedervereinigung zu dienen. Die "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise" und das Komitee "Rettet die Freiheit" sind dagegen Tarnorganisationen, die zielbewußt Propaganda für die Politik der zur Zeit amtierenden Bundesregierung treiben.

Wir müssen leider diese drei Organisationen in einem Atemzuge nennen, weil kürzlich eine Besprechung von deren Vertretern stattgefunden hat, in der Beratungen über ein Zusammenwirken gepflogen wurden.

Der geschäftsführende Vorsitzende des "Kuratorium Unteilbares Deutschland", Herr Wolfgang Schütz, befindet sich zur Zeit auf einer Auslandsreise, um besonders in Südpasien für den Gedanken der Wiedervereinigung zu werben. Die Tatsache, daß während seiner Abwesenheit andere Mitglieder des "Kuratorium" Verbindung zu den genannten der Regierung nahestehenden Organisationen aufgenommen haben, läßt den Verdacht einer Manipulation zu, deren Auswirkungen nur dem Adenauer-Kurs der westdeutschen Politik dienlich sein sollen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Herbert Wehner, hat daher im Namen des Präsidiums der SPD das geschäftsführende Sekretariat des "Kuratorium Unteilbares Deutschland" um Aufklärung über die Vorgänge ersucht und gleichzeitig die Einberufung einer Sitzung des politischen Ausschusses des "Kuratorium" gefordert.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unterstützt jede mit denkbare Aktion, die der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit dienlich sein kann. Sie wird aber darüber wachen, daß Propaganda- und Tarnorganisationen, die ausschließlich im Sinne der Adenauer-Politik arbeiten, keine Gelegenheit erhalten, die Namen von Sozialdemokraten dazu zu benutzen, sich das Mäntelchen der Überparteilichkeit umzuhängen.

Die Adenauer-Politik hat uns der Wiedervereinigung nicht näher gebracht; sie hat die Spaltung Deutschlands und Europas vertieft. Deswegen muß für Klarheit darüber gesorgt werden, daß Überparteiliche Organisationen nicht vor den Karren der CDU-Politik gespannt werden.

+ + +

Das Minuten-Interview:

MdB Willy Müller - Worms

zur Informationsreise sozialdemokratischer Abgeordneter
nach Rumänien und Bulgarien

SPD-PresseDienst: Herr Bundestagsabgeordneter Müller, Sie fahren Anfang Mai mit den Abgeordneten Marta Schanzbach (Mitglied des Präsidiums der SPD) und Karl Wittrock (Mitglied des Fraktionsvorstandes) nach Rumänien und Bulgarien. Können Sie uns sagen, was der Anlaß und der Zweck Ihrer Reise sind?

MdB Willy Müller: Anlaß zu dieser Reise ist ein Beschluß des Fraktionsvorstandes der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, durch Informationsreisen ein Bild über die Verhältnisse jener Länder zu gewinnen, mit denen bisher die Bundesrepublik keinerlei diplomatische Beziehungen unterhalten hat. Wir haben die Absicht, die gegenwärtigen sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und selbstverständlich auch politischen Verhältnisse in diesen beiden Ländern kennenzulernen, um auf diese Weise das Verständnis für ihre Lage zu fördern.

Selbstverständlich wird sich bei den zu erwartender zahlreichen Gesprächen in Bukarest und Sofia Gelegenheit bieten, auch über die hiesigen Verhältnisse zu sprechen und Vergleiche anzustellen.

Im wesentlichen haben die Reiser natürlich den Sinn, die Atmosphäre zwischen Ost und West zu verbessern und die Mißverständnisse auszuräumen, die durch den jahrelangen Mangel an gegenseitigen Informationen entstanden sein mögen.

Die Reise wird insgesamt etwa zwei Wochen dauern. Wir werden nach unserer Rückkehr in die Bundesrepublik über die Ergebnisse unserer Unterhaltungen und über unsere Eindrücke ausführlich Bericht erstatten.

+ + +

Schildbürgerstreiche in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta

Österreich besteht aus neun Bundesländern, das größte davon ist Niederösterreich. Dort herrscht die ÖVP, die im niederösterreichischen Landtag die absolute Mehrheit hat. Die Verwaltung dieses Bundeslandes kann daher als ein Musterbeispiel dafür angesehen werden, wie ein Land von der Österreichischen Volkspartei regiert wird. Im Hinblick auf die Parlamentswahlen vom 10. Mai, von denen sich die ÖVP die Alleinherrschaft über ganz Österreich erhofft, ist ein solches Beispiel ebenso aktuell wie lehrreich.

Am eindrucksvollsten zeigt sich die Regierungskunst der ÖVP in der Finanzverwaltung des Landes Niederösterreich. Seit Jahren schon befindet sie sich in einem Zustand, den man gemeinhin als bankrott bezeichnet. In dem verständlichen Bestreben, aus dieser desolaten Situation herauszukommen, haben die niederösterreichischen ÖVP-Machthaber auf ein geschichtliches Vorbild zurückgegriffen, nämlich auf das im 13. Jahrhundert in Niederösterreich herrschende stolze Raubrittergeschlecht der Kuenringer und deren erfolgreiche Methoden zur Überwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten. So legten zum Beispiel einst die Kuenringer quer durch die Donau Ketten und nahmen den Kauffahrtschiffen hohe Abgaben oder auch alles ab.

Mit solchen Raubrittermethoden begnügt man sich heute in Europa nur noch in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik bei der Einhebung der willkürlich festgesetzten "Straßenbenutzungsgebühren" - in Niederösterreich läßt sich die ÖVP schon etwas Besseres einfallen. Sie konzentriert dort ihr Augenmerk auf Erdöl, Erdgas und Elektrizität, also Rohstoffe und Energiequellen, die im modernen Leben eine überragende Rolle spielen. So kam es im Jahre 1955 in Österreich zu einem "Ölkrieg": Der verstaatlichte österreichische Mineralölverwaltung wurde vom Landeshauptmann Niederösterreichs, Steinböck, untersagt, im niederösterreichischen Erdölgebiet weiterhin nach Erdöl zu schürfen. Eine deutsche Bohrfirma wurde beauftragt, für Niederösterreich zu bohren, doch verhinderten Erdölarbeiter die Abladung der auf einem Güterbahnhof angelangten Bohranlagen. Schließ-

lich wurde die Sache so geregelt, daß vom nationalen Reichtum Österreichs, dem Erdöl und Erdgas, Niederösterreich einen beträchtlichen Sonderanteil erhielt.

Bei der Elektrizitätsversorgung hatte es schon vorher einmal gefunkt: Im Juli 1952 rüstete die landeseigene Elektrizitätsgesellschaft NEWAG eines Tages einen richtigen Stoßtrupp aus und nahm damit das städtische Elektrizitätswerk in Amstetten gewaltsam in Besitz. Vor einigen Tagen ist es nun neuerlich zu einer dramatischen Gewaltaktion der NEWAG gekommen. Diesmal ging der Feldzug gegen Wien.

Landeshauptmann Steinböck geruhte eines Morgens, die in Niederösterreich befindlichen Anlagen der Wiener Stadtwerke zu "verstaatlichen". Er stellte in Belagereremanner der Stadt Wien, die einst schon den Türken trotzte, ein Ultimatum von 48 Stunden. Innerhalb dieser Frist sollten die betreffenden Anlagen übergeben werden. Es kam zum grotesken Schauspiel eines richtigen Handstreichs: Die Wiener Elektrizitätswerke, denen die Anlagen rechtmäßig gehören, postierten an den Schlüsselpunkten fast kriegesmäßig getarnte Beobachtungsposten, mit UKW-Sender wurden Lagemeldungen und Befehle weitergegeben, Beamte der örtlichen Bezirkshauptmannschaft und Techniker der NEWAG rückten unter Bedeckung von Gendarmerieautos vor. Schon schickte man sich an, die Schösser der Schaltkästen unter Gendarmerieassistenz aufzubrechen, als ein Bescheid des inzwischen von Wien alarmierten sozialistischen Bundesministers für Verkehrs- und Elektrizitätswirtschaft, Dipl.-Ing. Karl Waldbrunner eintraf, durch den diesem ÖVP-Schildbürgerstreich ein vorläufiges Ende gesetzt wurde.

Landeshauptmann Steinböck war darüber sehr erbost. Er konnte darauf hinweisen, daß ihm erst vor wenigen Wochen ein ähnliches Unrecht, wie er es selbst nun setzen wollte, widerfahren sei: Der ÖVP-Landeshauptmann von Burgenland, Wagner, hatte eines Tages überraschend den Befehl erteilt, die Anlagen der niederösterreichischen Landeselektrizitätsgesellschaften, soweit sie sich in Burgenland befinden, im Handstreich zu besetzen und zu enteignen und gleichzeitig eine burgenländische Elektrizitätsgesellschaft zu "gründen".

Was Polen jenseits der Oder-Neisse-Grenze plant

ma. - Die polnische Regierung ist nach den schwierigen Jahren der Nachkriegszeit, die besonders durch die Fehlplanungen der Stalin-Ära behindert wurden, jetzt dabei, in die Gebiete jenseits der Oder-Neisse-Grenze wesentlich mehr Investitionen zu lenken als sie die "alten" polnischen Bezirke erhalten.

Bemerkenswerte Einzelheiten dazu gehen aus den Entwicklungsplänen hervor, die bis zum Jahre 1965 festgelegt worden sind. Die von Polen besetzten deutschen Ostgebiete, welche die Regierung in Warschau "Westgebiete" nennt, sollen im Jahre 1965 eine Bevölkerung von 8,5 Millionen Menschen zählen, von denen 4,5 Millionen in den Städten wohnen werden - und diese Bevölkerung wird dann fast zu hundert Prozent aus "Nationalpolen" bestehen. In der Zeit von 1955 bis 1965 soll die Bevölkerung um über 1,7 Millionen Personen anwachsen, was einen weit schnelleren Zuwachs als im anderen polnischen Gebiet darstellt. Der Anteil der Bevölkerung der Westgebiete an der Gesamtbevölkerung Polens soll sich, wenn die Planer Recht behalten, von 24,5 Prozent im Jahre 1955 auf 26,5 Prozent im Jahre 1965 erhöhen.

Entsprechend dieser Bevölkerungsentwicklung sollen in den polnischen Westgebieten auch Industrie, Landwirtschaft, Wohnungsbau und kommunale Versorgung bevorzugt gefördert werden, wobei auch sämtliche Kriegsschäden zu beseitigen und besonders die Häfen und Industrieunternehmen auszubauen oder neu einzurichten sind. Die erheblichen Anstrengungen der letzten Jahre für die Landwirtschaft gehen aus der Tatsache hervor, daß 50,4 Prozent aller Aufwendungen Polens dafür in der Zeit von 1950 bis 1955 für die Westgebiete ausgegeben wurden. Aber auch in der Zeit von 1956 bis 1957 waren es noch 40 Prozent.

Der im Jahre 1958 festgelegte Sechsjahresplan sieht vor, daß 30 000 neue Arbeitsplätze in bisher noch stillliegenden früheren Industrieunternehmen geschaffen werden sollen. Bis 1965 soll ferner beispielsweise in Schlesien ein Kupfererzförderzentrum entstehen, in dem 6 500 Arbeitnehmer beschäftigt werden und wofür ein Investitionskapital von 1,4 Milliarden Zloty vorgesehen ist. Der Ausbau der Steinkohlen- und Erzbergwerke sowie der Kaolinaufbereitungswerke in diesem Gebiet ist weiter vorgesehen.

Die Städte entlang der Ostseeküste sollen den Planungen zufolge schwerpunktartig gefördert werden. Für den Wiederaufbau von Kolberg, Swinemünde und Stettin beispielsweise beabsichtigten die Polen 1,8 Milliarden Zloty auszugeben. Darin ist der Bau von Wohnungen und kommunaler Einrichtungen einbegriffen. 50 Milliarden Zloty für den Ausbau kleinerer Fischereihäfen weist der Plan ferner aus.

Schließlich sollen im nächsten Fünfjahresplan in den Westgebieten etwa 500 000 Wohnräume entstehen, während es in den abgelaufenen fünf Jahren 277 000 waren. Der Bauanteil der Bevölkerung für die Westgebiete wird dann 23 Prozent betragen, während er im jetzt zu Ende gehenden Fünfjahresplan nur 15 Prozent des gesamten polnischen Baugeschehens ausmachte.

Rassismus im internationalen Sport

H.G.S. - Als bei den Berliner Olympischen Spielen 1936 der amerikanische Neger Jesse Owens den Weitsprung, den 100 und 200 Meterlauf gewann, gab es einen Skandal. Der untadelige Sportmann Owens, ist nämlich Neger und der "Führer" Hitler lehnte es im Stadion ab, ihm, als dem einzigen Sieger, die Hand zu geben, um ihn zu beglückwünschen. Jesse Owens hat dabei nichts verloren, aber einen Augenblick löfete sich der Vorhang vor der so freundlich aufgemachten Kulisse des "Dritten Reiches". Viele Jahre später hat ein Berliner Bürgermeister Owens mit Handschlag im Stadion beglückwünscht, um "rachzuholen", als der Negersprinter wieder einmal nach Berlin gekommen war.

Nun steht Jesse Owens Unterschrift unter einem Protestschreiben, das namhafte Männer der völkerverbindenden Sportidee an das Internationale Olympische Komitee gerichtet haben (IOC London). Dieses Dokument der Menschlichkeit in unserer Zeit trägt die Unterschriften von 20 berühmten Männern. Darunter der frühere Generalsekretär der UN, Trygve Lie, der Chef der Mount-Everest-Expedition, Sir John Hunt, Maurice Chevalier, der Tscheche Emil Zatonek, der Franzose, Tennismeister Jean Borotra und eben der von Hitler brüskierte Owens. "Jede Diskriminierung, die sich auf das Land, die Person, die Rassenzugehörigkeit, Religion und Politik bezieht, ist untersagt", so heisst es von den Olympischen Spielen. Auch Rassentrennung verträgt sich nicht mit dem Olympischen Gedanken. Was war geschehen?

Die konservative Zeitung "Cape Argus" in Südafrika berichtet, dass die Behörden der SJ (Südafrikanische Union) dem Präsidenten des südafrikanischen Tennisverbandes Bassa nach Rückkehr von den Weltmeisterschaften in Dortmund den Pass entzogen hätten, der bis 1961 gültig war. Bassa hatte in seinem Tennisverband Spieler aller Rassen und Hautfarben vereint. Aber Südafrika erkannte diesen Verband nicht mehr als repräsentativ an, weil nur Spieler weisser Hautfarbe darin vereinigt sein dürfen. Es solle eine besondere "farbige Organisation" gegründet werden.

Weiter war vor kurzem einer brasilianischen Fussballmannschaft (Portuguesa Santisa Santos) in Kapstadt die Auflage gemacht worden, auf ihre farbigen Spieler zu verzichten, um mit einer "weissen Elf" anzutreten.

Die brasilianische Mannschaft erklärte sich nach bedrückter Zögern schliesslich dazu bereit, um das Spiel nicht zu gefährden. Sie tauschte ihre schwarzen Spieler gegen weisse Ersatzleute aus. Als aber vier farbige Spieler der Mannschaft in Kapstadt nicht einmal Unterkunft zugewiesen bekamen und zum nächsten portugiesischen Hafen weiterreisen mussten, da sagte die Mannschaft das Spiel ganz ab. Ginge es offenbar nach solcher Rassenstrategen, würden olympische Spiele nur mit "rassisch Hochwertigen" durchgeführt. Der Protest berühmter Männer ist ein Zeichen in unserer Zeit.